niedriger waren, als im vorausgegangenen Jahre. Am stärksten ging der Roggenpreis zurück. Er stellte sich im Durchschnitt der letzten drei Monate des Berichtsjahres um rund 4 Mk. für den Doppelzentner oder 20 Prozent niedriger als im ersten Vierteljahre. Weniger erheblich war der Preisrückgang bei Weizen und Hafer, während für Gerste durchschnittlich höhere Preise erzielt wurden als im Vorjahre. Der aus niedrigeren Preisen sich ergebende Einnahmeausfall dürfte durch höhere Körnererträge bei Roggen und Weizen nur zum Teil ausgeglichen worden sein. Die Erträge aus der Viehhaltung waren im Berichtsjahre gleichfalls weniger befriedigend. Abgesehen von den Schweinen gingen bei allen Schlachttiergattungen die durchschnittlich erzielten Preise etwas zurück. Hierzu trat eine nicht unbeträchtliche Vermehrung der Ausgaben für Kraftfuttermittel, verursacht durch den stärkeren Zukauf, der namentlich infolge der Beschädigung eines großen Teils der Futterrüben und auch der Kartoffeln durch den im Oktober eingetretenen Frost notwendig wurde, einerseits und durch die damit im Zusammenhange stehende Steigerung der Kraftfuttermittelpreise andererseits. Auch die sonstigen Erzeugungskosten erfuhren im Berichtsjahre eine weitere Erhöhung. Hervorgehoben seien die gesteigerten Preise für Kohlen, Düngemittel und landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, die höheren Aufwendungen für Staat und Gemeinde. In vielen Betrieben trat hierzu die Einforderung einer ungewöhnlich hohen Nachschußprämie für die Hagelversicherung. Auch die Löhne, namentlich für Akkordarbeiter, sind weiter gestiegen, und die Aufwendungen hierfür erfuhren auch noch dadurch eine Erhöhung, daß die Ernte der Körnerfrüchte teilweise mit besonderen Schwierigkeiten verbunden war. Die Arbeiterverhältnisse haben sich im Vergleich zu den Vorjahren wenig geändert. Nach wie vor gaben sie Anlaß zu schweren Klagen. Die meisten größeren Güter und auch viele mittlere Betriebe waren gezwungen, ausländische Arbeitskräfte einzustellen, die fortgesetzt höhere Löhne forderten, größere Neigung zum Kontraktbruch zeigten und in vielen Fällen kontraktbrüchig wurden, wenn ihre Forderungen abgelehnt wurden. Immer dringlicher machte sich deshalb in den Kreisen der Landwirte das Verlangen nach Maßnahmen geltend, welche geeignet erscheinen, den Vertragsbruch der ausländischen Wanderarbeiter zu verhindern oder doch zu erschweren. Es darf erhofft werden, daß die gegen Ende des Berichtsjahres getroffene Anordnung, wonach ausländische Arbeiter polnischen und ruthenischen Stammes inländische, in deutscher Sprache abgefaßte Ausweispapiere führen müssen, im Laufe der Zeit die erhoffte Besserung in der gedachten Richtung herbeiführen wird."

— **Abänderung der Gewerbeordnung.** Am 1. Januar tritt bekanntlich das Gesetz vom 9. Dezember 1908 über die Abänderung der Gewerbeordnung in seinem hauptsächlichsten Inhalte in Kraft. Es enthält eine Reihe von Bestimmungen, namentlich hinsichtlich der Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, die für Industrie und Gewerbe von einschneidender Wirkung sind. So dürfen jugendliche Arbeiter, das heißt Arbeiter und Arbeiterinnen vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 16. Lebensjahre nicht vor 6 (bisher 5½) Uhr morgens und nicht nach 8 (bisher 8½) Uhr abends beschäftigt werden. Der täglichen Arbeitszeit muß eine nicht unterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden folgen. Arbeiterinnen dürfen zwischen 8 (8½) Uhr abends und 6 (5½) Uhr morgens nicht beschäftigt werden. An Sonnabenden und Tagen vor Festtagen sind Arbeiterinnen um 5 (5½) Uhr zu entlassen. Die tägliche Beschäftigung darf 10 (11) Stunden, an den Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen 8 (10) Stunden nicht übersteigen. Der täglichen Arbeitszeit muß eine ununterbrochene Ruhezeit von 11 Stunden folgen. Wöchnerinnen müssen im ganzen 8 Wochen außer Beschäftigung bleiben, davon 6 (bisher 4) Wochen nach der Niederkunft. Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern darf keine Beschäftigung mit nach Hause gegeben werden, wenn sie in der Fabrik die gesetzlich zulässige Arbeitszeit (Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter 10, Kinder 6 Stunden) leisten. Bei Häufung der Arbeit kann bis zu 10 Tagen (die höhere Verwaltungsbehörde kann 50 Tage zulassen) eine längere Beschäftigung von Arbeiterinnen über 16 Jahre zugelassen werden. Die Beschäftigung kann dann bis 9 Uhr abends dauern, darf aber insgesamt 12 Stunden pro Tag nicht überschreiten, auch muß ihr eine mindestens zehnstündige ununterbrochene Ruhezeit folgen. Diese längere Beschäftigungszeit gilt jedoch nicht für die Sonnabende und ähnliche Tage, an denen Arbeiterinnen stets nur 8 Stunden und nicht über 5 Uhr beschäftigt werden dürfen. Die Ueberzeitarbeit darf auch in der Regel nur zwei Wochen hintereinander dauern, doch kann die höhere Verwaltungsbehörde mehr als zwei Wochen gestatten.

— Die neue städtische Gemeindesteuerordnung hat die Zustimmung des Kreisausschusses mit einigen formalen Aenderungen gefunden, denen der Rat beitrat.

— Sämtliche als städtische Geschäftsstellen benutzte Mietsräume in Privatgrundstücken der inneren Stadt werden nach dem Bezuge des neuen Rathauses aufgegeben.

— **Einjährig-Freiwillige.** Das Kriegsministerium hat, wie gemeldet, verordnet, daß bei der diesjährigen Frühjahrseinstellung von Einjährig-Freiwilligen bei den Leipziger Infanterie-Regimentern 106 und 107 nur Studierende der Universität Leipzig zugelassen werden sollen. Gegen diese Bestimmung richtet sich eine Eingabe, die die Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe, die Schneiderinnung und der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe an die Zweite Ständekammer gerichtet haben. In der Hauptsache ist diese Eingabe wie folgt begründet: In einer derartigen Einrichtung müssen die Unterzeichneten eine Zurücksetzung der Stadt Leipzig und ihrer Bürgerschaft sehen. Diese Verordnung bedeutet eine Schädigung aller Abiturienten unserer höheren Schulen, mithin der Realschulen, technischen Schulen, der Handelslehranstalten und des Lehrerseminars. Die Abiturienten müssen trotz Tauglichkeit und Bereitwilligkeit zum Dienste entweder ein halbes Jahr warten, ehe sie zum Militär eintreten können, oder in einer anderen Garnison dienen, so daß ihren Eltern ganz erhebliche Mehrkosten erwachsen müssen. Die Verordnung stört in empfindlicher Weise den Bildungsgang, die berufliche und gewerbliche Ausbildung der jungen Leute, da für sie das halbe Jahr bis zum Oktobereinstellungstermin so gut wie verloren ist. Empfindlich benachteiligt aber sind auch Handel und Gewerbe, denn es hat sich bereits im vorigen Jahre gezeigt, daß die meisten jungen Leute nicht bis zum Oktober warten, sondern nach auswärtigen Garnisonen gehen. Dadurch wird der gesamte Geschäftsumsatz, den man in Leipzig pro Jahr auf mehrere 100 000 Mark schätzt, ausfallen. Die Eingabe schließt mit der Bitte, die Ständekammer wolle beim Kriegsministerium vorstellig werden, daß die Einschränkungen wieder aufgehoben oder doch in dem Sinne gemildert werden, daß wenigstens am Ostertermin jedesmal ein Leipziger Infanterie-Regiment uneingeschränkt Einjährig-Freiwillige annehmen kann.

— **Zur Regelung der Gehälter der Nadelarbeitslehrerinnen** hat der Rat beschlossen, vom 1. Januar 1910 ab das Anfangsgehalt für die mit wenigstens 24 Unterrichtsstunden wöchentlich beschäftigten Nadelarbeitslehrerinnen auf 1400 Mark jährlich mit sieben dreijährigen Aufrückungsfristen bis zu 2400 Mark festzusetzen. Den nicht voll beschäftigten Nadelarbeitslehrerinnen soll eine Jahresvergütung für die Wochenstunde von 54 Mark, die sich in sieben dreijährigen Aufrückungsfristen auf 100 Mark erhöhen, gewährt werden. Für die städtischen Koch- und Haushaltungslehrerinnen wird dieselbe Gehaltsregelung getroffen. Die Deckung des Mehraufwandes erfolgt durch Einstellung eines Berechnungsgeldes von etwa 39 000 Mark bei den Volksschulen und 740 Mark bei den höheren Schulen im nächstjährigen Haushaltplan.

— **Sächsischer Heimatschutz.** Im Einverständnis mit dem Königlichen Ministerium des Innern veranstaltet der Landesverein „Sächsischer Heimatschutz" (Dresden-A., Schießgasse 24) Sonntag, den 2. Januar 1910, nachmittags, und Montag, den 3. Januar 1910, vormittags, im großen Saale des Künstlerhauses, Dresden-A., Grunaer Straße, 6 Vorträge über „Heimatschutz im Bauwesen". Die einzelnen Themata lauten: „Heimatschutz und seine Bedeutung als Kulturaufgabe", Geheimer Hofrat Dr. Gurlitt; „Das neue Sächsische Gesetz gegen die Verunstaltung von Stadt und Land und Maßnahmen zu seiner Durchführung", Amtshauptmann Dr. Hartmann; „Bautechnisches, Künstlerisches und Wirtschaftliches", Oberbaurat R. Schmidt; „Ueber Stadterweiterungen und Bebauungspläne", Baurat Hans Bähr; „Landwirtschaftliches Bauwesen", Baurat Ernst Kühn; „Volkskunst", Hofrat Professor O. Seyffert. Die Vorträge sind in erster Linie für die Vertreter und Sachverständigen der Baupolizeibehörden bestimmt und sind zeitgemäßen Fragen auf dem Gebiete des Bauwesens im allgemeinen, als auch landeswohlfahrtlichen, auf Vereinfachung und Sparsamkeit gerichteten Maßnahmen im besonderen gewidmet. Die Teilnahme an diesen Vorträgen ist kostenlos für Inhaber von Teilnehmerkarten; letztere werden, soweit der Vorrat reicht, nach erfolgter schriftlicher Anmeldung übermittelt. In den Nebensälen des Künstlerhauses wird gleichzeitig eine Ausstellung von Plänen vorbildlicher Bauten veranstaltet werden.

— **Vom Ballon „Luna"** des Sächsischen Vereins für Luftschiffahrt ist noch immer keine Nachricht eingelaufen, so daß nunmehr die ernstesten Befürchtungen laut werden. Sind doch jetzt mehr als acht volle Tage verflossen, seitdem der Ballon zum letztenmal gesichtet wurde, und zwar von den Alandsinseln aus, die an der Südostküste Schwedens liegen. Die Meldung des „L. T." vom Sonntag, daß der Ballon in der Nähe von Kopenhagen gefunden worden sei, vom Führer Leutnant Richter aber fehle jede Spur, widerspricht durchaus den Tatsachen. Von fachmännischer Seite erfahren wir, daß Leutnant Richter, übrigens der Sohn eines höheren Dresdner Offiziers, allein im Ballon aufgestiegen ist, was die Gefahren natürlich vergrößerte. Es ist jetzt möglich, daß er nach Finnland abgetrieben worden ist, wahrscheinlicher aber noch: nach Schweden, wo freilich ein strenger Winter den Verkehr stark erschwert. Die allernächsten Stunden müssen Gewißheit über das Schicksal des kühnen Offiziers bringen.

— **Der Wasserstand der Elbe** ist durch die zur jetzigen Jahreszeit ungewöhnlich warme Witterung und die erfolgten Niederschläge nicht unbeeinflußt geblieben. Vom Sonntag zum Montag machte sich am hiesigen Pegel ein Wuchs von etwa 1,15 Metern bemerkbar. Nach der Voraussage sollte der Wasserspiegel am gestrigen Tage hier einen Höchststand von 60 Zentimetern über Null erreichen. Diese immerhin recht beträchtliche Zunahme erfährt noch durch das mitgeführte Treibeis eine Steigerung, so daß der Strom gegenwärtig ein sehr bewegtes Bild darbietet. Der Umstand, daß am Augustusbrücken-Neubau sich durch die Lehrgerüste der kürzlich vollendeten Bogen am Altstädter Ufer und den Werksteg neunäuderseits dem Eisgang Hindernisse entgegenstellen, hat bereits zu einigen Beschädigungen dieser Holzbauten geführt, die aber bisher glücklicherweise nur geringfügiger Natur sind.

— **Ein Projekt zur Entlastung der Prager Straße.** Der bereits früher wiederholt ernstlich erwogene Plan, die Reitbahnstraße und im Anschluß hieran den Tippoldiswaldaer Platz zur Entlastung der Prager Straße als Parallelstraße bis zum Hauptbahnhof auszubauen, scheint neuerdings festere Formen annehmen zu wollen. Wie wir hierzu erfahren, hat sich ein aus Privatkapitalisten bestehendes Konsortium gebildet, das gegenwärtig bemüht ist, auf die in Frage kommenden Grundstücke sich das Vorkaufsrecht bis Oktober nächsten Jahres zu sichern.

— **Marinepostsendungen.** Vom 1. Januar 1910 ab sind die für Schiffe der Kaiserlichen Marine usw. im Ausland bestimmten Postsendungen nur an die Marinepostbureaus in Berlin zu richten. Die bisher übliche Bezeichnung „Hofpostamt in Berlin" fällt in der Aufschrift fort. Letztere lautet also beispielsweise: An den Marinematrosen Otto Schulze, an Bord S. M. S. „Scharnhorst", Marinepostbureau Berlin.

— In der Geschäftsordnung des **Jugendgerichtshofs des Landgerichts** tritt vom 1. Januar 1910 an insofern eine Aenderung ein, als die für Jugendliche zuständige 6. Strafkammer (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Prölß) nicht wie bisher Montags und Donnerstags, sondern Dienstags und Freitags im Landgerichtsgebäude an der Pillnitzer Straße die regelmäßigen Sitzungen abhält.

— **Dem Jahresbericht des Sächsischen Pestalozzi-Vereins** vom 1. Oktober 1908 bis 1. Oktober 1909 entnehmen wir folgendes: Auch im 65. Vereinsjahr konnte das Liebeswerk nicht nur in ungeschwächter Kraft geübt werden, sondern es sind auch mancherlei bemerkenswerte Fortschritte zu verzeichnen. Kein Hilfebittender brauchte zurückgewiesen zu werden. Aus der Hauptkasse, deren Ertrag vorzugsweise aus den Jahresbeiträgen der zurzeit vorhandenen 11 213 Mitglieder (über 45 000 Mark), aus den Zinsen eines angesammelten Kapitals und aus den Einnahmen von einigen literarischen Unternehmungen gebildet wird, wurden bedacht: 1279 Witwen und 724 Waisen, aus den Fonds und Stiftungen: 68 Witwen, 256 Waisen, 13 Lehrerfamilien, 49 Lehrer im Amte, 33 a. D., 1 Lehrerin, 12 Hilfslehrer, 3 Handarbeitslehrerinnen, 1 Lehrersfrau und 1 Lehrerssohn. Mit den Stiftsschwestern im Carolastift Klotzsche und den verwaisten Lehrerssöhnen im Pestalozzistift Dresden ergeben sich 2474 Fälle, in denen insgesamt 88 217 Mark Unterstützung gewährt wurden. Das Vermögen des Vereins und seiner Stiftungen beträgt über 682 000 Mark; Vorsitzender ist Herr Schuldirektor M. Baron.

— Dem Verein für vaterländische Festspiele wurden vom Rat, vorbehältlich der Zustimmung der Stadtverordneten, zur Deckung des Fehlbetrages bis zu 1000 Mark aus Sparkassenüberschüssen bewilligt.

— **Die Ausstellung von Darstellungen aus dem „Leben und Wirken Jesu"** in der Königl. Kunstgewerbe-Bibliothek, Eliasstraße 31, 1. Etage, kann voraussichtlich nur bis mit Sonntag, den 2. Januar, geöffnet bleiben. Sie bietet eine überaus reiche Uebersicht über die verschiedenen Auffassungen der einzelnen Begebenheiten bei den hauptsächlichsten Kulturvölkern (Deutschland, England, Frankreich, Italien, Niederlande und Spanien) in den verschiedenen Zeitperioden vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Die Ausstellung ist unentgeltlich geöffnet wochentags von 8—6 Uhr, Sonntags von 11—1 Uhr.

— **Im Jugendstil.** Unter dieser Devise veranstaltete der Schriftsteller Wilhelm Alberti am 1. Weihnachtsfeiertage im kleinen Gewerbehaussaale einen Rezitationsabend, dem ein recht abwechslungsreiches Programm zugrunde lag. Der Künstler trug nur selbstverfaßte Sachen vor und brachte lyrische und Zeitgedichte, Liedertexte, politische Streifbilder, Satiren und lokale Sachen. Der Vortragende verstand es, die Aufmerksamkeit der nur spärlichen Zuhörerschaft voll für sich in Anspruch zu nehmen und bis zum Schluß seines zweiteiligen Programms zu fesseln. Die kleine Gemeinde zeigte sich dafür höchst dankbar und spendete reichen Applaus. Der Vortragende besaß in seiner reichen Mappe auch auf das Weihnachtsfest bezügliche Sächelchen, so daß die Stimmung des Christfestes gewahrt blieb. Er war der beste Interpret seiner eigenen Dichtungen.

— **Arbeiterschutzgeräte und Sicherheitsvorrichtungen.** Herr Hoflieferant Fabrikant Karl Wendschuch, Struvestraße 11, arbeitet schon seit Jahren an einer umfangreichen Besprechung von Arbeiterschutzgeräten und Sicherheitsvorrichtungen in gewerblichen und Fabrikbetrieben, sowie für die Landwirtschaft, die Feuerwehr und das Seerettungswesen. Diese Besprechung in Buchform und mit etwa 5—600 guten Abbildungen versehen, soll durch den Buchhandel vertrieben werden und wird in einzelnen Kapiteln Besprechungen über Schutzbrillen, Verbandskasten, Sicherheitslampen, Arbeiterschutzbekleidung, Respiratoren, Rettungsapparate, sowie weiter die Fabrik- und Gewerbehygiene und die ihr im allgemeinen und besonderen dienenden Apparate enthalten. Im Anschluß hieran werden dann ferner über Luftreiniger, Luft- und Wasserprüfer, Exhaustoren, Ventilatoren, gewerblichen Staub und unrespirable Gase, sowie die Luft-, Licht- und Wasserhygiene im besonderen betreffenden Fragen Erörterungen folgen. Der Verfasser wird seine eigenen Erfindungen auf diesem Gebiete in erster Linie vorführen und besprechen, nebenbei aber auch vergleichsweise und unparteiisch andere, denselben Zwecken dienende Schutzvorrichtungen mit besprechen, welche sich in der Praxis bewährt haben und von Fachleuten stammen, die als solche auf diesem Gebiete oder als Spezialisten auf einem Nebengebiete bekannt sind. Der Verfasser bittet alle Betriebsunternehmer, Techniker und Werkmeister, welche über nützliche Neuerungen, Verbesserungen an Schutzvorrichtungen Kenntnis besitzen, um besonderen soweit solche zur persönlichen Ausrüstung des Arbeiters gehören, oder welche dergleichen Verbesserungen selbst konstruiert haben, ihm hiervon Kenntnis zu geben, damit er sie mit in seinem Buche anführen kann. Irgendwelche Kosten oder sonstige Verpflichtungen entstehen dem Betreffenden hierdurch keinesfalls. Es handelt sich im vorliegenden Falle nicht um die Herausgabe eines Katalogs oder einer Preisliste, sondern eines Wertes von bleibendem Wert, eines Nachschlage- und Studienbuches für Gewerbeaufsichtsbeamte, Betriebsunternehmer, Techniker, für Lehrer und Studierende an Technischen Hochschulen, Behörden, Sanitäts- und Rettungsgesellschaften, für die Feuerwehr usw.

Die Nationalliberalen und der Großblock.

Den Befürchtungen, daß die Nationalliberalen auch für das Reich einen Großblock nach badischem Muster, in welchem sich Liberale und Sozialdemokraten zusammenfinden, schaffen wollen, tritt die nationalliberale „Magd. Ztg." mit folgenden Ausführungen entgegen: „Wir können auf das Bestimmteste versichern, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion dem Gedanken, für das Reich ein Seitenstück zum badischen Großblock zu schaffen, der schärfste Widerstand entgegengesetzt werden würde. Es ist auch anzunehmen, daß die nationalliberale Presse, die bisher die „Mauserungspolitik" abgelehnt hat, sie noch heute aus Grund ihrer Erfahrungen und Beobachtungen ablehnt; wir wenigstens sehen nicht, daß seit der Zeit, da zum letzten Male von der nationalliberalen Partei eine entschiedene Frontstellung gegen die Sozialdemokratie eingenommen wurde, nämlich seit den Reichstagswahlen von 1907, die die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordnetensitze erheblich herabminderten, eine wesentliche Aenderung in der Haltung der Nationalliberalen eingetreten ist. Es ist wohl zu erwarten, daß Abg. Bassermann selbst Aufklärung über die Bedeutung seiner Kölner Rede geben wird; gerade er ist doch bisher als Gegner des Großblocks aufgetreten."

Im Gegensatz zu diesen Ausführungen, die jeder patriotisch empfindende Mann unterschreiben wird, steht allerdings das Verhalten nationalliberaler Kreise den Sozialdemokraten gegenüber. Das bereits berichtete skandalöse Auftreten des zweiten Bürgermeisters Walz in Heidelberg hat allenthalben die größte Entrüstung hervorgerufen. In einer Beurteilung dieses Falles schreiben die „Hamburger Nachrichten": „Von der mittelparteilichen Politik, wie sie Rudolf von Bennigsen vertreten hat, ist dessen Nachfolger Ernst Bassermann abgeschwenkt und hat seine Partei der Gefahr nahe gebracht, den Anschluß nach rechts, den eine Mittelpartei sich erhalten muß, zu verlieren und infolge der einseitigen Richtung nach links „von der schärferen Tonart überholt zu werden". Immer stärker werden die Lockungen und die Ansprüche von links; immer bedenklicher in ihren Folgen die Abhängigkeit, in die sich die Nationalliberalen mit der Großblockpolitik, vorläufig erst in Baden, nach links hin begeben haben. Fast will es scheinen, daß die Zeit zur Einkehr und Umkehr schon vorüber ist. Zwar hat im Reichstage Bassermann versichert, daß seine Partei grundsätzlich auf dem Standpunkte einer Mittelpartei stehen bleiben wolle; aber von diesem Standpunkte müssen die Nationalliberalen abgedrängt und immer weiter nach links geschoben werden, wenn die Mauserungspolitik, die Bassermann auf einmal eingeschlagen hat und die so in Baden bereits geübt wird, auch im Reiche zur Praxis wird." Im Anschluß daran weiß die freikonservative „Post" ähnliches aus Elsaß-Lothringen zu berichten: „Ganz ähnliche traurige Verhältnisse finden wir in Elsaß-Lothringen. Am 8. Dezember sind die Landesausschußwahlen im Reichslande beendet worden. Trotzdem die vereinigten Liberalen im allgemeinen Erfolge zu verzeichnen haben, sind sie doch unzufrieden; denn — man denke! — Peirotes, der sozialdemokratische Redakteur, den sie auf ihre offizielle Kandidatenliste übernommen hatten, ist nicht gewählt worden, weil die Unabhängigen in diesem einen Falle ihre Gefolgschaft versagt hatten. Die demokratische „Straßburger Neue Zeitung" schreibt: „Tief bedauerlich bleibt es, daß es den Liberalen nicht gelang, Redakteur Peirotes in den Landesausschuß zu bringen. Es ist an und für sich eine schreiende Ungerechtigkeit, eine Partei wie die sozialistische, welche in Elsaß-Lothringen gegen 100 000 Anhänger zählt, vom Landesparlament völlig auszuschließen. In Peirotes wäre auch eine sehr wertvolle Kraft für den Landesausschuß gewonnen worden. Die Niederlage von Peirotes ist doppelt bedauerlich angesichts der Tatsache, daß der Landesausschuß an Persönlichkeiten arm ist." Ebenso sieht die nationalliberale „Straßburger Post" den Wahlausgang „durch den Umstand stark beeinträchtigt, daß es nicht gelang, auch Peirotes durchzubringen". Das Fehlen dieser „Persönlichkeit" im Landesausschuß erklärt die „Straßburger Post" aus dem „Festwurzeln der Unabhängigen an den alten Traditionen und Vorurteilen", die „ein größeres Verständnis für politische Notwendigkeiten" nicht aufkommen ließen."

Der IX. Zionisten-Kongress

hat im Konzerthaus St. Pauli in Hamburg am 2. Weihnachtsfeiertage begonnen. Es sind etwa 4000 Personen anwesend, davon etwa die Hälfte Delegierte aus allen Ländern der Welt. Der Saal ist mit den zionistischen Farben blau-weiß, die in der Mitte das zionistische Zeichen, zwei übereinander gelegte Dreiecke, tragen, reich geschmückt. Ueber der Rednertribüne hängt das lebensgroße Bildnis des verstorbenen Begründers der zionistischen Bewegung, Dr. Theodor Herzl. Die Galerien sind von Zuhörern dicht besetzt. Es ist ein buntes Völkergemisch im Saale. Unter den Delegierten befinden sich auch viele Frauen. Es überwiegt der Frack, aber es sind auch viele Personen in langem Kaftan und mit Stirnlöckchen da. Auch sieht man Delegierte aus der Türkei in rotem Fez, ebenso viele farbentragende zionistische Studentenverbindungen. Als die Führer der zionistischen Bewegung auf der Präsidententribüne erscheinen, erheben sich minutenlange, stürmische Ovationskundgebungen. Die Delegierten wehen mit Taschentüchern und mit zionistischen Fahnen, die sie vielfach vor sich liegen haben. — Der Präsident des engeren Ausschusses, Dr. David Wolffsohn-Köln, eröffnete die Verhandlungen mit dem Ausdruck der Freude, daß die Anhänger Zions sich hier so zahlreich unter der Fahne Zions versammelt haben. Der Kongreß tagt zum ersten Male in Deutschland. Es bestand schon die Absicht, den ersten Zionisten-Kongreß auf deutschem Boden abzuhalten. Aber die sonderbare Haltung mancher jüdischer Kreise hätte sie veranlaßt, gastfreundschaftlichere Orte aufzusuchen. Wir haben jedoch in Deutschland einen ansehnlichen Teil unse-

SLUB
Wir führen Wissen.